

Unternehmensbefragung | 19.07.2021 | Lesezeit 6 Min.

Wo für Unternehmen Geschäftsrisiken lauern

Von der globalen Finanzmarktkrise über den Handelsstreit zwischen den USA und China bis hin zum Brexit – die schwer kalkulierbaren Unsicherheiten für deutsche Unternehmen nehmen schon seit Jahren stetig zu. Ähnlich und aus heiterem Himmel hat auch die Corona-Pandemie eingeschlagen und die globale Wirtschaft ins Trudeln gebracht. Im Rahmen einer neuen Studie für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat das IW Unternehmen in Bayern zu den größten Risiken für ihre Geschäftsabläufe befragt.

Zwar sind die meisten Unternehmen erprobt darin, tagtäglich den Risiken für ihre Geschäftsabläufe zu begegnen und flexibel auf die damit verbundenen Herausforderungen zu reagieren. Dennoch haben die coronabedingten Lockdowns, Lieferengpässe und Notbremsen der vergangenen Monate vielen Unternehmen vor Augen geführt, dass ihre Fähigkeit, Risiken zu tragen, begrenzt ist.

Pandemien sind größtes Geschäftsrisiko

Die gegenwärtige Pandemie, aber auch die Angst vor künftigen Ausbrüchen, bereitet den Unternehmen derzeit die größten Kopfschmerzen, wie eine [IW-Befragung für die vbw](#) verdeutlicht (Grafik):

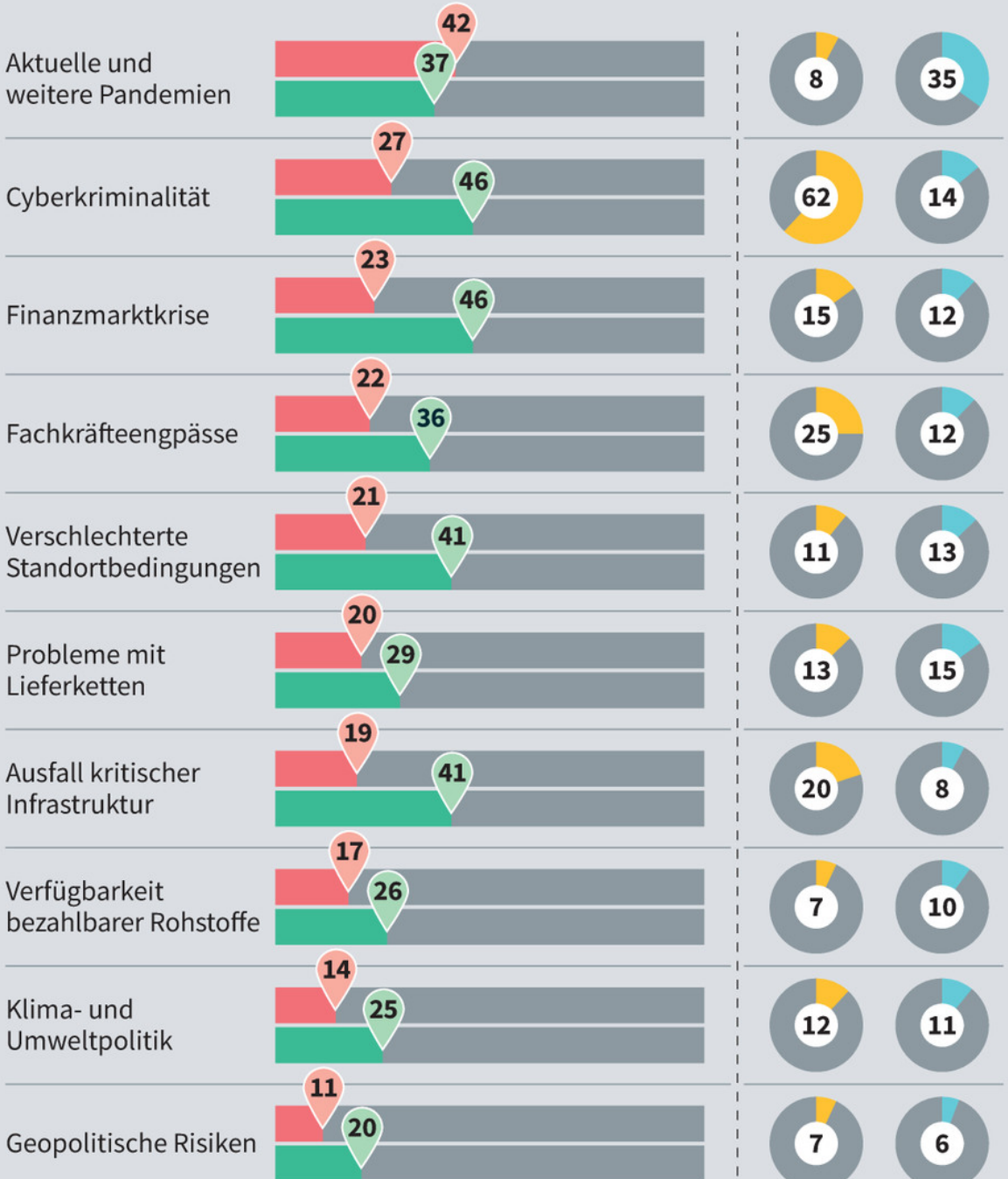
Pandemien werden von 42 Prozent der bayerischen Unternehmen als hohes Risiko für ihre Geschäftsabläufe eingestuft.

Unternehmen: Wo Risiken drohen

Nach Ansicht von so viel Prozent der bayerischen Unternehmen stellen folgende Faktoren ein ... für ihre Geschäftsabläufe dar

■ ... hohes Risiko
■ ... geringes Risiko

So viel Prozent haben Gegenmaßnahmen ergriffen
■ dauerhaft ■ vorübergehend



Top 10 der Risiken

Befragung von rund 300 bayerischen Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund im Februar und März 2021

Rest zu 100: kein Risiko

Quelle: vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft

© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Weitere 37 Prozent sehen darin ein geringes Risiko. Dauerhafte Gegenmaßnahmen haben bislang nur 8 Prozent der Unternehmen ergriffen, wohl in der Erwartung, dass die Pandemiefolgen bald überwunden sind. Immerhin hat mehr als ein Drittel der Firmen temporäre Maßnahmen eingeleitet.

Ganz anders agieren die meisten Unternehmen bei der Cyberkriminalität, die auf Platz zwei der größten Risiken rangiert. Darunter fallen beispielsweise Datendiebstahl oder Cyberattacken, die den ganzen Betrieb lahmlegen können. Angriffe wie diese werden zwar nur von 27 Prozent der Unternehmen als hohes Risiko eingestuft, blickt man aber auf die Summe aus hohem und geringem Risiko, liegt dieser Faktor in der gesamten Risikobewertung fast gleichauf mit der Sorge vor Pandemien. Rund 62 Prozent der Unternehmen haben denn auch dauerhafte oder strategische Maßnahmen gegen die Cyberrisiken ergriffen. Maßnahmen gegen Cyberkriminalität lassen sich von Firmen leichter umsetzen, da sie sich gegen die individuellen Schwachstellen im Unternehmen richten.

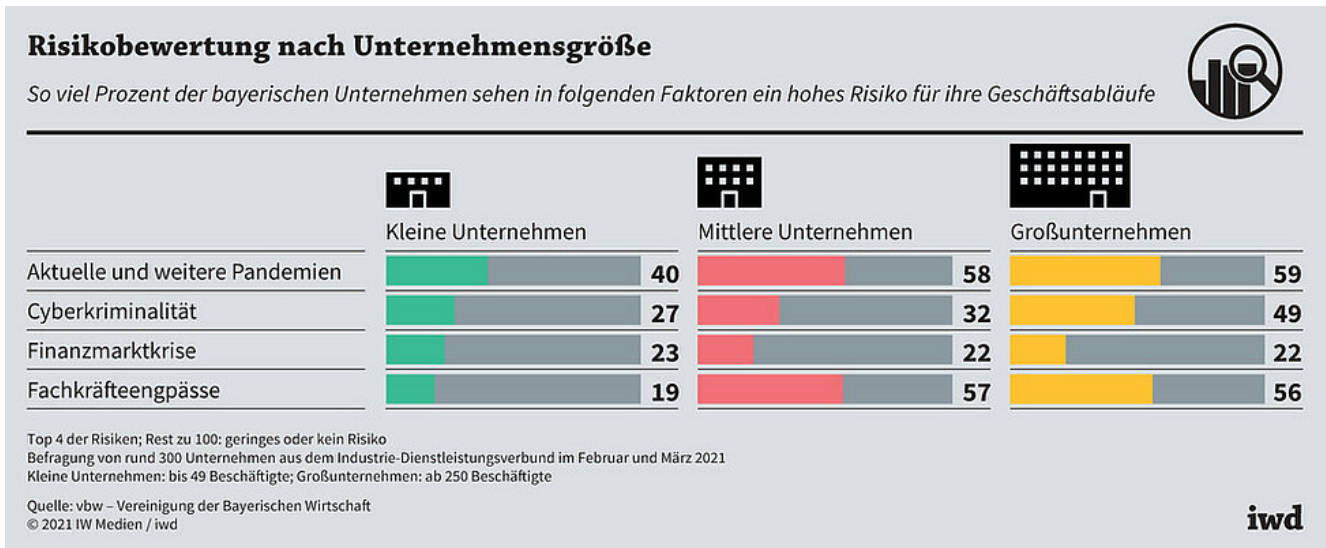
Das dritthöchste Risiko stellt eine neuerliche Finanzmarktkrise dar, worunter auch eine zu hohe Staatsverschuldung und inflationsbedingt steigende Zinsen fallen. Mehr als zwei Drittel der bayerischen Unternehmen sehen darin eine allgemeine Gefahr für ihre Geschäftsabläufe. Aber nur gut ein Viertel hat Gegenmaßnahmen ergriffen – was auch daran liegt, dass sich dieses Risiko schwer auf betrieblicher Ebene abmildern lässt.

Die Sorge vor einer Finanzmarktkrise treibt heute mehr Unternehmen um als noch vor zwei Jahren – 14 Prozent der Unternehmen stuften dieses Risiko im Jahr 2019 als hoch ein, 2021 waren es 23 Prozent.

Auch der Anteil der Unternehmen, die die Cyberkriminalität als hohes Risiko bewerten, hat sich gegenüber 2019 um 5 Prozentpunkte erhöht – bezüglich der Verschlechterung der hiesigen Standortbedingungen legte der Anteil um 4 Prozentpunkte zu. An Relevanz verloren hat die Klima- und Umweltpolitik, die 2019 noch von 21 Prozent der bayerischen Unternehmen als hohes Risiko eingestuft wurde, 2021 aber nur noch von 14 Prozent.

Wie die Unternehmen diese Unsicherheiten bewerten, hängt aber auch stark von ihrer Größe ab (Grafik):

Größere und mittlere Firmen treibt zum Beispiel die Sorge vor Fachkräfteengpässen fast genauso stark um wie der Risikofaktor Pandemie.



Bei kleinen Unternehmen, die weniger als 50 Mitarbeiter haben, rangiert dieses Thema mit deutlichem Abstand auf Rang vier. Für sie spielen Cyberrisiken und die Sorge vor einer Finanzmarktkrise eine größere Rolle.

Ein gutes Risikomanagement kann Gefahren mindern

Generell gilt: Größere Firmen sind deutlich risikosensibler als kleine. Das deutet auf mögliche Mängel im Risikomanagement bei kleinen Unternehmen hin, die im Tagesgeschäft dafür weniger Kapazitäten haben. Ein gutes unternehmerisches Risikomanagement kann Gefahren aber mindern und Schäden vorbeugen. Die wichtigsten Punkte hat das Institut der deutschen Wirtschaft zusammengefasst:

Vermeiden von eigenen Fehlerquellen. Im Unternehmen selbst gibt es zahlreiche Gefahren, die durch ein gutes Management vermieden werden können. Darunter fallen zum Beispiel Mängel bei der internen IT-Sicherheit oder eine zu hohe Verschuldung, die im Krisenfall finanzielle Handlungsspielräume einengt.

Investitionen zurückstellen. Dies ist nötig, wenn der Erfolg bestimmter Investitionen durch konkrete Risiken gefährdet wird. Die Zurückstellung sollte aber auch nur so lange andauern, bis eine bessere Risikoeinschätzung möglich ist, wie es zum Beispiel nach dem Vollzug des Brexits und dem neuen Abkommen mit der EU der Fall war.

Risikodiversifizierung. Nach der bekannten Börsenweisheit sollten Anleger nicht „alle Eier in einen Korb legen“, sondern auf verschiedene Aktien setzen. Das gilt insbesondere mit Blick auf den Protektionismus oder für Probleme in Lieferketten und beim Rohstoffimport: Eine Diversifizierung der internationalen Absatzmärkte oder Bezugsländer mindert die Abhängigkeiten im Vergleich zu einer Konzentration auf wenige oder gar nur einzelne Märkte und Lieferländer.

Auch zur Vorsorge gegen eine Finanzmarktkrise, die die eigene Hausbank in Schwierigkeiten bringen kann, sollten Unternehmer breitere Geschäftsbeziehungen zu mehreren Finanzinstituten aufbauen, um die eigene Kreditversorgung zu sichern.

Der Gefahr von Pandemien vorbeugen. Eine Pandemie gilt – wie auch schon die globale Finanzmarktkrise – als sogenannter „schwarzer Schwan“, also als ein sehr unwahrscheinliches Ereignis mit großem Schadenspotenzial. In der bislang letzten Risikoanalyse der Bundesregierung im Jahr 2012 wurde dargelegt, dass mit einer Pandemie in der Regel einmal in einem Zeitraum von 100 bis 1.000 Jahren zu rechnen ist. Doch die aktuelle Lage zeigt, dass eine solche Krise schneller eintreten kann als erwartet.

Mit Blick auf künftige Pandemien sollten Unternehmer deswegen die Erfahrungen aus der Krise evaluieren und daraus passgenaue Notfallkonzepte und Kommunikationsstrategien entwickeln:

Maßnahmen zur Schadensminimierung sollten sich vor allem auf die Infektionseindämmung am Arbeitsplatz und die Sicherung von Geschäftsabläufen konzentrieren.

Störungen in Lieferketten können, wie die vergangenen Monate gezeigt haben, schlimmstenfalls ganze Produktionsabläufe lahmlegen. Die Ursachen dafür liegen auch in geopolitischen Konflikten. Unternehmen sollten deswegen die eigene Verwundbarkeit in ihren Zuliefererstrukturen identifizieren und zusätzliche Lagerkapazitäten aufbauen.

Zudem können Lieferstrukturen besser diversifiziert werden, je nach Risikolage global,

regional oder national. Sensible Rohstoffe lassen sich möglicherweise durch Recycling teilweise ersetzen. Im Extremfall könnten Unternehmen bei besonders wichtigen Vorleistungen auch Produktionsstätten zurück ins Inland holen oder gar an Eigenproduktion denken.

Allerdings gilt auch: Je stärker solche Entscheidungen die internationale Arbeitsteilung und die Spezialisierung in der Lieferkette verringern, desto höher dürften auch die Kosten ausfallen.

In Krisen ist auch der Staat gefragt

Gefragt ist deswegen auch der Staat. Gerade in den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, wie wichtig die stützende Rolle des Staates in Zeiten einer tiefen Krise für die Wirtschaft ist. Dabei darf die staatliche Leistungsfähigkeit aber auch nicht überfordert und es dürfen nicht Risiken auf die Politik übertragen werden, die Unternehmen besser managen können.

Neben einer verlässlichen Wirtschaftspolitik sollte es dem Staat daher vor allem darum gehen, jene Risiken zu verringern, bei denen der Handlungsspielraum von Unternehmen begrenzt ist.

Das gilt neben den Risiken Pandemie und Finanzmarktkrise ganz besonders für den Protektionismus, Wettbewerbsverzerrungen durch Drittstaaten wie China sowie den eingeschränkten Zugang zu Rohstoffen und die Schwächen des eigenen Standorts.

Zudem sollten die Unternehmen, die auch nach der Corona-Krise erheblichen Unsicherheiten ausgesetzt bleiben, nicht zusätzlich belastet werden. Das gilt sowohl für finanzielle Lasten wie Steuererhöhungen als auch für neue bürokratische Anforderungen wie zum Beispiel sehr aufwendige Überwachungspflichten bei den Lieferketten oder nationale Alleingänge in der Klimaschutzpolitik.

Stattdessen ist es wichtig, die Standort- und Rahmenbedingungen zu verbessern: Dies kann zum Beispiel durch Steuererleichterungen, innovationsorientierte Investitionen und entschlackte Genehmigungsverfahren im Infrastrukturausbau erfolgen.

Kernaussagen in Kürze:

- Die gegenwärtige Pandemie, aber auch die Angst vor künftigen Ausbrüchen,

bereitet den Unternehmen derzeit die größten Kopfschmerzen.

- Das hat eine IW-Studie für die vbw ergeben, die Unternehmen in Bayern zu den bedeutendsten Risiken für ihre Geschäftsabläufe befragt hat.
- Wie die Unternehmen diese Unsicherheiten bewerten, hängt stark von ihrer Größe ab: Größere und mittlere Firmen treibt zum Beispiel die Sorge vor Fachkräfteengpässen fast genauso stark um wie der Risikofaktor Pandemie.